

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 8, 20. April 2000

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 611 62 49
Fz: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

Einblicke

Medienschelte

Von Angela Marquardt

Nazi-Übergriffe auf Ausländer werden von der Polizei neuerdings gar nicht mehr als politisch motivierte Straftaten gemeldet. So wurde beispielsweise ein Überfall in einem Jugendclub in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) am 11. März ebenso wie eine Hetzjagd auf Linke in Wriezen (Brandenburg) am 10. März erst verspätet bekannt – und das auch nur dank der Medien. Wenn rechte Straftaten zunehmend vertuscht werden, um das Ansehen einer Stadt nicht zu gefährden, sind jedoch die Angaben des Bundeskriminalamts, das bei rassistischen Übergriffen von einem quantitativen Rückgang spricht, wertlos.

Der Bürgermeister von Rathenow (Brandenburg) unterstützt den Protest gegen die kritische Medienberichterstattung über seinen Ort, anstatt nach den Ursachen für die ausländerfeindliche Stimmung zu suchen. Der Bürgermeister von Spremberg (ebenfalls Brandenburg) schiebt die Schuld für die tödliche Hetzjagd auf den Algerier Farid Gouendoul sogar auf das Opfer selbst, indem er fragt: „Was hatte der auch um diese Zeit nachts auf der Straße zu suchen?“ Und der Bürgermeister von Eggesin (Mecklenburg-Vorpommern) findet die Strafen gegen jugendliche Rechtsextreme „sehr hoch“. Mit solchen Kommentaren geben Kommunalpolitiker nicht nur ein erbärmliches Bild mangelnder Zivilcourage ab, sondern legitimieren auch den rassistischen Konsens, der die Anwesenheit von Ausländern als Problem beschreibt.

Gemeinden und Regionen, in denen rechtsextreme Gewalt eskaliert, müssen endlich selbst die Verantwortung für die Situation übernehmen und dürfen die Schuld nicht auf die Berichterstattung der Medien schieben. Nicht die schlechte Außendarstellung einer Region ist das Problem, sondern die tatsächlich vorhandene rassistische Stimmung.

Angela Marquardt ist PDS-Bundestagsabgeordnete

Gefälschte Beweise

Der Historiker David Irving hat nach Auffassung des Gerichts Dokumente zur Stützung seiner revisionistischen Thesen manipuliert. **Seite 3 ■**

Politischer Schwenk

Im Netzwerk „Europäische Befreiungsfront“ mischen mittlerweile auch deutsche Neonazis mit. **Seite 4 ■**

Alarmierende Signale

Verfassungsschützer sehen eine zunehmende Gewaltbereitschaft der rechtsextremen Szene. **Seite 6 ■**

„Anarchist von rechts“

Der Publizist Armin Mohler hat die europäische extreme Rechte, besonders deren rare Intellektuelle, geprägt und verändert. **Seite 9 ■**

Rassismus-Jahresstudie

69 Prozent der Franzosen stufen sich selbst als mehr oder minder rassistisch ein. Dies geht aus dem aktuellen Lagebericht hervor. **Seite 13 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlöffel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Inseln im Unrecht**

Der Jurist Christian Meyer-Seitz hat bei Erforschung der Justizakten herausgefunden, dass die NS-Prozesse in der damaligen SBZ „Vorbildcharakter“ hatten.

In seinem 1982 erschienenen vorzüglichen Buch „NS-Prozesse vor Gericht“ brauchte der damalige Chef der Zentralen Stelle Ludwigsburg zur Aufklärung von NS-Verbrechen, Oberstaatsanwalt Adalbert Rückerl, ganze zweieinhalb Seiten für das Thema „NS-Prozesse in der DDR“. Elf Jahre später erschien die berühmte dreibändige „Enzyklopädie des Holocaust“ mit einem 52 Seiten langen Bericht über NS-Prozesse. Auf nicht einmal einer Seite werden die NS-Prozesse in der SBZ, später in der DDR dargestellt. Tenor: Völlig unergiebig und rechtlich zweifelhaft.

Während in der Bundesrepublik Verfahren wegen der Verbrechen in Treblinka, Sobibor, Auschwitz, Majdanek, Bergen-Belsen oder der „Endlösung“ in Frankreich, Belgien und den Niederlanden in den 60er und 70er Jahren geführt wurden, hörte man aus der DDR nichts Vergleichbares. Allein im April 1983 begann in Ostberlin die Hauptverhandlung gegen Heinz Barth, einen SS-Führer, der am Massaker in Oradour sur Glane beteiligt war und zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Die Oberstaatsanwaltschaft in Ostberlin beantwortete Anfragen nach NS-Prozessen stets mit der Zahl 12.807. Soviele rechtskräftige Urteile habe es dort gegeben. In dieser Zahl waren mehr als 3.400 Urteile enthalten, die im Zuchthaus Waldheim bei Chemnitz im Schnellverfahren verhängt worden waren. Von den gut 3.400 Verurteilten waren längst nicht alle NS-Verbrecher. Zieht man sie von den 12.807 ab, bleiben immerhin etwa 9.800 NS-Verurteilte übrig. Ob es sich um nach der Strafprozessordnung geführte Verfahren gehandelt hat, darüber wurde hier zu Lande lange gerätselt und gestritten. Spekulationen waren Tür und Tor geöffnet.

Dass es damit jetzt vorbei ist, verdankt die Öffentlichkeit dem Juristen Christian Meyer-Seitz. Er hat die Akten der SBZ- und DDR-Justiz erforscht und darüber kürzlich während eines Workshop des Historischen Instituts der Universität Freiburg im Breisgau berichtet. Dazu eingeladen hatte einer der besten Kenner der NS-Zeit, der

Zeitgeschichtler Ulrich Herbert, zuletzt bekannt geworden durch seine berühmte Biografie des Nazis Werner Best.

Abgesehen von den Waldheim-Prozessen waren die NS-Verfahren, so Meyer-Seitz, Verfahren zur „Selbstreinigung“ und hatten „Vorbildcharakter“. Zwischen Mitte 1946 und August 1947 verhandelten vorwiegend Schwurgerichte wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und verurteilten 518 Angeklagte zu hohen Strafen. Danach gab es in Dresden einen Prozess gegen NS-Juristen - eine „Antwort“ auf den Juristenprozess vor einem US-Gericht in Nürnberg. Es folgte ebenfalls in Dresden ein Strafverfahren gegen NS-Ärzte mit drei Todesurteilen, von denen zwei vollstreckt worden sind. In dieser Hauptverhandlung seien freilich die Verteidiger behindert worden. Bis Ende 1949 wurden zahlreiche einwandfreie Strafverfahren mit mehr als 8.300 Verurteilungen geführt. Für 1.500 Angeklagte endeten die Verfahren mit Freisprüchen, in 3.100 Fällen sei eingestellt worden. Im Vergleich dazu steht die bundesdeutsche Justiz mit knapp 6.500 rechtskräftigen Urteilen bei etwa viermal so vielen Einwohnern nicht gerade glänzend da. Die SED und die Sowjetische Militäradministration (SMAD) seien mit vielen Urteilen nicht zufrieden gewesen. Sie hätten aber keinen Richter abgesetzt oder in die richterliche Unabhängigkeit eingegriffen. Das zu einer Zeit, als in Westdeutschlands Landtagen und sofort nach Gründung der Bundesrepublik auch im Bundestag eher die Amnestie für NS-Täter im Mittelpunkt stand. Die Strafverfahren waren öffentlich, ihr Verlauf wurde oft im Hörfunk übertragen, damit die Öffentlichkeit in der Straßenbahn, im Bus oder bei der Arbeit Anteil nehmen und sich ein Bild machen konnte. Dass es in der DDR keine „großen“ NS-Prozesse gab, hatte bekanntlich vor allem einen Grund: Diese Täter hatten sich rechtzeitig in den Westen abgesetzt und konnten dort oft jahrzehntelang unbehelligt leben. Werner Best ist ein abschreckendes Beispiel dafür.

Nach Gründung der DDR sei es allerdings mit der Unabhängigkeit der Justiz schnell vorbei gewesen. Unliebsame Richter habe das SED-Regime versetzt oder in den Ruhestand geschickt. Bilanz des Fachmanns: Die NS-Prozesse in der SBZ waren „kleine Inseln im großen Meer des Unrechts“. Wer mehr darüber erfahren möchte, greife zu Meyer-Seitz' Buch „Die Verfolgung von NS-Straftaten in der Sowjetischen Besatzungszone“, das im Berlin-Verlag erschienen ist. *Heiner Lichtenstein*

Hintergrund

Als Fälscher entlarvt

David Irving hat seinen Ruf als Historiker endgültig ruiniert. Ein britisches Gericht ist der Auffassung, dass er die Beweise für seine revisionistischen Thesen bewusst manipuliert habe.

„Er ist ein rechtsextremer Pro-Nazi, Polemiker, Antisemit und Rassist, der sich mit Rechtsextremisten zusammen tut, um den Neonazismus zu fördern.“ In dieser vernichtenden Würdigung gipfelt das Urteil, das Richter Gray am 11. April 2000 in Saal 73 der Royal Courts of Justice in London in Gegenwart einer gemischten Zuhörerschaft von Verfolgten und Rechtsextremisten in dem Prozess David Irving gegen Penguin Books und Deborah E. Lipstadt gefällt hat.

Grund von Irvings Verleumdungsklage war das Buch der amerikanischen Historikerin Lipstadt mit dem Titel „Denying the Holocaust: the Growing Assault on Truth and Memory“, in dem sie ihn als einen Holocaust-Leugner und Hitlerverehrer bezeichnet hatte. Irving bestritt, dass es in Auschwitz Gaskammern zur Vernichtung von Menschen gegeben habe und würzte den Prozeß mit so zynischen Aussagen wie der, auf der Rückbank von Edward Kennedy's Auto seien in Chappaquiddick mehr Menschen gestorben als in Auschwitz; Augenzeugen nannte er Lügner oder Geistesranke. Für David John Cadwell Irving, 60-jähriger Historiker und Hitlerspezialist, bedeutet das Urteil angesichts erwarteter Prozesskosten von 2,5 Millionen britischen Pfund den wirtschaftlichen Ruin. Auch sein Ruf als Historiker dürfte endgültig besiegelt sein durch das harte Verdikt von Richter Gray, Irving habe Beweise so gefälscht oder verändert, dass sie zu seinem Vorurteil passten.

Richter Gray sah in 19 Fällen den Vorwurf der Beklagten bewiesen, Irving habe gefälscht. Er konnte sich bei seinem Urteil auf Aussagen stützen, die in dem 32 Verhandlungstage dauernden Prozess von so gewichtigen Zeugen der Beklagten gebracht wurden wie dem Historiker Robert Evans (Cambridge), dem Militärhistoriker Sir John Keegan oder Yehuda Bauer. Sie alle hatten die hohe Sachkunde Irvings in Fragen des Nationalsozialismus hervorgehoben, die in der Tat einzigartig ist; immer wieder habe er mit unbekannten Dokumenten aufgewartet, diese jedoch zunehmend falsch über-

setzt und unzutreffend interpretiert. Seine Beweisführung gipfelte immer wieder in der These, Adolf Hitler sei nicht verantwortlich zu machen für Judenverfolgung, weil nie ein entsprechender Führerbefehl gefunden worden sei. Irving hatte in dem Prozess auf Beistand durch einen Anwalt verzichtet, seine Beweisführung basierte auf der bekannten Sachkunde. Letztlich machte sein Auftreten aber deutlich, wie sehr die Popularität, die er in rechtsextremen Kreisen genoss, zu Realitätsverlust geführt hatte.

Irving hatte an der Universität London Staats- und Naturwissenschaften studiert. Bei einer einjährigen Tätigkeit bei Thyssen erwarb er seine Deutschkenntnisse. Danach schrieb er über zeithistorische Themen in englischen und deutschen Zeitschriften, unter anderem in der „Neuen Illustrierten“. Sein erstes, 1963 erschienenes Buch „The Destruction of Dresden“ war der erste Verkaufserfolg, den er danach vielfach wiederholte, so mit zwei Hitler-Biografien „Hitlers Weg zum Krieg“ und „Hitlers Krieg“. Hier begann die Polarisierung mit der Fachwissenschaft und sein kontinuierlicher Weg nach rechts außen. So verschwand der Begriff „Vernichtungslager“ aus seinen Publikationen, dabei berief er sich auf den Leuchter-Report zum Beweis. Erstmals im Europawahlkampf 1984 hatte Irving sich in die Dienste von Gerhard Frey, dem Vorsitzenden der Deutschen Volksunion, begeben. Dessen Publikationen waren bis heute ein Forum für Irving, der als Kronzeuge des Revisionismus gilt. (Umso mehr verwundert, dass der Name Irving im jüngsten Verfassungsschutzbericht fehlt.) Dies führte zur Feststellung von Richter Gray, in den letzten 15 Jahren habe sich Irving mit deutlich pronazistischer und antijüdischer Tendenz in Deutschland, aber auch den USA und Kanada als politischer Redner betätigt. Das hinderte offenbar nicht, dass er anfangs sogar vor der Bundeswehr, der US-Armee und in verschiedenen deutschen Universitäten auftreten durfte. 1984 und erneut 1989 wurde Irving wegen Verstoßes gegen das Wiederbetätigungsverbot von Österreich nach Bayern abgeschoben. Das Landgericht München I verurteilte ihn im Januar 1993 wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener zu einer Geldstrafe, weil er bei einer Diskussion im Löwenbräukeller erklärt hatte, die Gaskammern in Auschwitz seien nach dem Krieg erbaute Attrappen. 1996 wurde er rechtskräftig aus Deutschland abgeschoben, Aufenthaltsverbote gibt es für Irving inzwischen auch in Kanada, Australien, Südafrika und Neuseeland.

Klaus-Henning Rosen

Hintergrund

Ideologische Wende

Die „Europäische Befreiungsfront“ ist heute mit militanten Gruppierungen durchsetzt. Auch deutsche Neonazis pflegen hier internationale Kontakte.

Der Begriff „Résistance“ (Widerstand) ist in Frankreich eindeutig besetzt: gemeint ist der historische Widerstand gegen die Besatzer der Nazi-Wehrmacht, der fast alle Bereiche des politischen Spektrums - von den Kommunisten bis zu nationalistischen Kräften - im Kampf einte. Wenn sich heute also eine politische Gruppierung „Nouvelle Résistance“ (Neuer Widerstand) nennt, dann können die Konnotationen kaum ungewollt sein.

In der Tat hatte Christian Bouchet, der geistige Kopf der Gruppierung, auf solche inhaltlichen Anklänge durchaus spekuliert. 1991, im Jahr des finalen Niedergangs der Sowjetunion, sei endgültig deutlich, dass von den ursprünglichen beiden Hauptfeinden nur noch die USA verblieben seien. Die bisherige Propagierung eines „Dritten Weges“ sei somit unsinnig geworden. Gegenüber den nunmehr weltbeherrschend gewordenen „Mondialisten“ der USA gelte es, eine europäische „Nouvelle Résistance“ zu initiieren, denn heute werde klar, dass die NS-Besatzung 1944 lediglich durch eine US-Okkupation abgelöst worden sei. Die bisherigen Feinde in Russland konnten bei dieser Analyse und der damit verbundenen strategischen Option zu neuen Verbündeten werden, da auch für sie der Hauptfeind - die USA - der gleiche sei wie für ganz Europa. Die bisherigen Nationalrevolutionäre, die in Frankreich unter dem programmatischen Namen „Troisième Voie“ operierten, erklärten sich nunmehr zu Nationalbolschewisten. Gleichzeitig wurde der langjährige Führer der stärksten französischen nationalrevolutionären Organisation, Jean-Gilles Malliarakis, durch Bouchet und dessen Anhänger bei einer Palastrevolte gestürzt. Als ideologische Leitfiguren wurden nunmehr unter anderem der Belgier Jean Thiriart und der Deutsche Ernst Niekisch propagiert.

Unter dem Namen „Front Européen de Libération“ (FEL) wurde der Aufbau eines europaweiten Netzwerkes in Angriff genommen. Das Projekt ließ sich zunächst auch recht erfolgversprechend an. Mit der Gruppierung um die italienische nationalbol-

schewistische Zeitschrift „Orion“, dem belgischen PCN (Europäische National-Kommunitaristische Partei) in der Nachfolge Thiriarts und dem britischen Third Way waren einige der wichtigsten, wenn auch durchweg wenig mitgliederstarken Gruppierungen des Lagers gewonnen worden. Auch in den ehemaligen Ostblock hatte man erfolgreich Kontakte geknüpft. In Polen hatte sich die Przelom Narodowy angeschlossen, in Russland die Gruppierung um Alexander Dugin und den Schriftsteller Eduard Limonow.

Gleichzeitig baute der umtriebige Christian Bouchet enge Kontakte zu den der „Neuen“ Rechten zugehörigen Synergies Européenes auf. So kam es im Juni 1994 zu einer Veranstaltungsreihe in mehreren europäischen Großstädten, bei der als Redner einträchtig Bouchet, Robert Steuckers, Kopf der Synergies Européenes, und Alexander Dugin, Herausgeber der russischen Version der „Eléments“ auftraten. Ihr gemeinsames Thema: „Welche Zukunft für Russland und das Eurasiatische Reich?“

Der relative Erfolg scheint Bouchet zu Kopf gestiegen zu sein. Mit schwindelerregender Geschwindigkeit zügelte sein kaum errichtetes Miniatur-Imperium wieder. Der PCN, die stärkste und finanzkräftigste der beteiligten Gruppen, trennte sich schnell wieder, da man nicht bereit war, den proislamischen Kurs Bouchets mitzutragen. Besonders die engen Kontakte in den Iran, die auch zu einigen Delegationsreisen führten, hatten immer wieder die Gerüchte genährt, dass aus dem Nahen Osten finanzielle Zuwendungen kämen. Auch Third Way, ein Spaltprodukt der National Front, scherte bald wieder aus, ebenso die „Orion-Gruppe“, die in der Folgezeit zur italienischen Sektion der Synergies Européenes mutierte.

Nicht zuletzt aber waren es in internen Differenzen im ursprünglich initiativen Verein Nouvelle Résistance selbst, die die bisher treibende Kraft lähmten. Bouchet versuchte erfolglos, seine Formation geschlossen in den Front National Jean Marie Le Pen zu überführen, um dort im Zuge eines kooperativen und fraktionellen Entrismus zu arbeiten. Le Pen, so Bouchets Begründung, habe seine früheren atlantischen Positionen abgelegt und sei ehrlich antiamerikanisch und antiimperialistisch geworden. Nicht viel später erfolgt ein neuerlicher Schwenk: in Frankreich seien die Hauptprobleme die Arbeitslosigkeit, die Einwanderung und die Kriminalität, nicht jedoch die antiimperialistischen Kämpfe bei der Intifada oder die iranische Revo-

lution. Ein Großteil seiner Mitstreiter mochte dem Zickzackkurs nicht folgen und setzte sich in Richtung PCN ab. Zwar bezeichnet er sich noch immer als „Generalsekretär“ seiner Gruppe, die über Ableger in rund 40 französischen Städten verfügen will, doch melden seine Konkurrenten, er sei längst ausgeschlossen worden. Inzwischen orientiert sich Bouchet am Mouvement National Républicain von Bruno Mégret, wo besonders die Jugendorganisation und der universitäre Renouveau Étudiant die Ziele seiner Infiltrationsversuche sind.

Um die „Europäische Befreiungsfront“ indes wurde es zunehmend still. Bis zum traditionellen „Bleu-Blanc-Rouge“-Fest des Front National im Spätsommer 1998. Bouchet nutzte die Gelegenheit zu einem Gipfeltreffen, das einen Wiederbelebungsversuch des gescheiterten Projektes nach sich ziehen sollte. Mit von der Partie waren diesmal auch Vertreter aus Deutschland, sogenannte Freie Nationalisten aus dem Hamburger Raum. Eine Postfachadresse in Henstedt-Ulzburg wurde künftig als deutscher Kontakt angegeben. Der ursprüngliche FEL hatte nicht über einen deutschen Ableger verfügt; es waren lediglich einige Vorgespräche mit den Jungen Nationaldemokraten und einem Nachfolgeprojekt der verbotenen Nationalistischen Front geführt worden, die jedoch keine festen Vereinbarungen zur Folge hatten. Vertreter der Freien Nationalisten tauchten seitdem auch auf den Demonstrationen der neuen italienischen Partner, den aus den Kreisen terroristischer Nationalrevolutionäre stammenden Gruppen, auf.

Die Mitwirkung der Freien Nationalisten signalisiert nicht nur, dass diese neben ihrer Einbindung in das Blood & Honour-Netzwerk über weitere internationale Kanäle verfügen, sondern vor allem, dass die neue Europäische Befreiungsfront mit der alten nur noch den Namen gemeinsam hat. Während früher Wert auf ideologische Originalität der Beteiligten gelegt wurde, finden sich heute fast ausschließlich aktivistisch und militant orientierte Gruppierungen. So ist in Belgien der PCN durch die berüchtigten Gruppen „Devenir“ (Wallonien) und „Odal“ (Flandern) ersetzt worden. Ebenso sieht die Situation in Italien aus. Auch wenn man die „Neue“ Rechte mit der Durchführung von Sommeruniversitäten nachahmt - die erste fand im vergangenen Jahr mit 120 Teilnehmern in Polen statt - lässt sich die Charakteränderung kaum kaschieren. Was sich hier als nationalrevolutionär bezeichnet, ist inzwischen nichts anderes als neonazistisch.

Jean Cremet

Aktivitäten

Szenetreff schließen

Ein Club in Neumünster ist in Neonazi-Strukturen eingebunden. Die Grünen-Abgeordnete Beer will in schließen lassen.

Angelika Beer, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, fordert die Schließung der norddeutschen Neonazi-Szenekneipe „Club 88“ in ihrer schleswig-holsteinischen Heimatstadt Neumünster. In einer Pressemitteilung heißt es, dass um den „Club 88“ (s. BNR 21/98) Neonazis ihre propagandistische Hetze betrieben, Skin-Musikveranstaltungen durchführten und sich an einschlägigen Aufmärschen beteiligten.

Betreiberin des „Club 88“, dessen dreijähriges Bestehen rund 150 Neonazis am 2. Oktober letzten Jahres feierten, ist Christiane Dolscheid. Dolscheid ist Interviewpartnerin des Neonazi-Blattes „Zentralorgan“, Aktivistin im Skingirl Freundeskreis Deutschland (SFD) und Verantwortliche für die Sanitätstruppe „Braunes Kreuz“.

Ihr zur Seite steht der gebürtige Däne Tim Bartling, einst Sympathisant der zwischenzeitlich verbotenen Nationalistischen Front (NF). Der Zeitsoldat wurde im Juni 1999 wegen gemeinschaftlich begangener Körperverletzung und Sachbeschädigung vom Amtsgericht Neumünster zu einer Geldstrafe in Höhe von 4.500 Mark verurteilt. Beim Saalschutz von NPD-Veranstaltungen trat Bartling schon des Öfteren in Erscheinung.

Beteiligt an den Aktivitäten um den „Club 88“ ist auch Steffen Holthussen, eine Führungsgröße der sogenannten Freien Nationalisten mit Verbindungen zu den Machern des neonazistischen Skin-Hools-Zines „Hamburger Sturm“.

Der „Club 88“ ist eingebunden in die bundesweite Struktur der Freien Nationalisten um den Neonazi-Kader Thomas Wulff. Daneben verkehren in der Szenekneipe regelmäßig Mitglieder der Skinheadorganisationen Blood & Honour und Hammerskins.

Das jüngste Trinkgelage im Club fand am 12. Februar statt. Gefeierte wurde eine 24-Stunden-Party, zu der unter anderem durch das „Freie Infotelefon Norddeutschland“ mobilisiert wurde. Den anreisenden Kameraden wurde geraten, vor Ort in Neumünster „mit dem roten Mob ein Tänzchen“ abzuhalten, da „Linkschaoten“ versuchten, „Druck auf den ‘Club 88’ auszuüben“.

Anton Maegerle

Verfassungsschutz**Alarmsignale**

Das militante rechte Personenpotenzial ist nach Feststellung des Bundesverfassungsschutzes angestiegen. Auch bei den Neonazis nimmt Gewaltbejahung zu.

Eine Stabilisierung des militanten rechtsextremistischen Spektrums auf hohem Niveau vermutet Bundesinnenminister Otto Schily, der gemeinsam mit dem jetzt verabschiedeten Verfassungsschutzchef Peter Frisch am 4. April den aktuellen Verfassungsschutzbericht in Berlin vorstellte. Mittlerweile werden 9.000 gewaltbereite Rechtsextremisten gezählt, gegenüber dem Vorjahr (8.200) eine Steigerung von knapp 10 Prozent (1997 waren es noch 7.600 und 1996 wurden 6.400 genannt). Rund 7.650 Militante sind Skinheads, davon leben knapp 4.000 in den neuen Bundesländern.

Das rechtsextreme Personenpotenzial insgesamt ist zwar auf 51.400 (Vorjahr: 53.600) zurückgegangen, der Schwund lässt sich aber fast ausschließlich bei den Parteien Republikaner und DVU festmachen. Während sich bei den REP der Abwärtstrend weiter fortsetzte (minus 1.000), kehrten der DVU nach ihrem Höhenflug von 1998 mit 3.000 Neuzugängen wieder 1.000 Mitstreiter den Rücken. Lediglich die an das militante Spektrum angrenzende NPD konnte ihren Mitgliederstand von 6.000 halten. Die REP verfügen noch über 14.000, die DVU hat 17.000 Mitglieder.

Der für 1999 festgestellte Rückgang der rechtsextremistisch motivierten Straftaten auf 10.037 Delikte geht einher mit dem Anstieg der Gewaltdelikte um 5,4 Prozent auf 746 Vorfälle, darunter ein Tötungsdelikt, 13 Tötungsversuche und 530 zum Teil schwerste Körperverletzungen. Eine Reihe von bekannt gewordenen brutalen tätlichen Übergriffen in diesem Jahr lassen befürchten, dass sich dieser Trend fortsetzt. Wie der Bundesinnenminister betonte, wurde wie im vergangenen Jahr fast die Hälfte der Gewalttaten von Skinheads in ostdeutschen Ländern begangen. Der Bevölkerungsanteil dort beträgt, Berlin eingerechnet, lediglich 21 Prozent. Totschlagsdelikte waren aber ebenso in Bayern und in Niedersachsen zu verzeichnen. Schily bewertete die Gewalttaten als „ein Zeichen seelischer und geistiger Verwahrlosung“.

Eine zunehmende Befürwortung von Gewaltanwendung wird ebenso bei den Neonazis gesehen,

was auf eine sich ändernde Bedrohungslage hindeute. Im Bericht sind insbesondere das Ausspähen und Verbreiten von Daten von missliebigen Personen als neonazistisches „Aktionsfeld“ erwähnt. Handlungsfähige terroristische Strukturen und ein politisches Konzept für den bewaffneten Kampf werden verneint, zugegeben wird aber, dass immer wieder Waffen in der Szene gefunden würden.

Die ansteigende Gewaltbereitschaft sehen die Verfassungsschützer auch in Zusammenhang mit dem anhaltenden Zulauf zur subkulturell geprägten Szene und den anstachelnden aggressiven Texten der Skinhead-Musik. Das Geschäft mit der braunen Musik boomt, rund 50 Vertreiber von rechtsextremer Musik sind bekannt. Bei den 109 stattgefundenen Konzerten hat sich die Teilnehmerzahl deutlich erhöht, am 4. September in Garlitz in Sachsen-Anhalt fanden sich über 2.000 Besucher ein. Eine wichtige Kommunikationsfunktion erfüllen die Fanzines, als bedeutend wird „Blood & Honour“, das von der Blood & Honour Division Deutschland (B&H) herausgegeben wird, eingestuft. Dem Skinhead-Netzwerk mit rund 240 Anhängern kommt in der Szene wachsende Bedeutung zu. Neben dem lukrativen Musikmarkt will sich B&H zunehmend politisch orientieren, wobei eine Annäherung an die NPD und zu beobachten ist.

Das neonazistische Spektrum wird als leicht rückläufig beziffert. Zu erkennen sind aber wieder stärkere Organisationsbestrebungen, insbesondere was die im norddeutschen Raum agierenden sogenannten Freien Nationalisten um die bekannten Neonazis Thomas Wulff und Christian Worch anbelangt. Worch ist mittlerweile regelmäßig bei NPD-Veranstaltungen mit von der Partie, bei den NPD-Demonstrationen am 29. Januar und am 12. März in Berlin trat er als Redner auf. Ausdrücklich genannt wird von den Verfassungsschützern auch der Kreis um den Berliner Neonazi Frank Schwerdt, der zugleich Mitglied im NPD-Bundesvorstand ist.

Die NPD bildet nach wie vor die wichtigste Schnittstelle in das neonazistische Lager. Die „themen- und aktionsbezogene Zusammenarbeit mit Neonazis“ habe auch 1999 höchste Priorität genossen, so der aktuelle Bericht. Rund 60 NPD-Demonstrationen hätten stattgefunden. Der Zulauf zur NPD, die 1998 etwa 1.700 Neuzugänge hauptsächlich in den neuen Ländern zu verzeichnen hatte, setzte sich aber nicht fort. Der mitgliederstarke sächsische Landesverband bröckelt, zulegen konnte sie allerdings gemäß den Angaben in Bayern und Nordrhein-Westfalen.

Gabriele Nandlinger

Zwischenruf**Feind steht rechts**

Extremisten von rechts und links kämpfen nach wie vor gegen die Grundwerte und Institutionen unserer Demokratie und gefährden damit die innere Sicherheit in Deutschland, sagte der Bundesminister des Innern, Otto Schily, bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts für das Jahr 1999.

In der Sache machte der Innenminister bei der Vorstellung des Berichts deutlich: die Einschätzung der Sicherheitslage zeigt, dass der Feind rechts steht. Das lässt sich weniger aus den Zahlen derjenigen ableiten, die sich in Organisationen als Anhänger extremer Positionen bekennen, deren Zahl ist mit 51.400 rückläufig. Maßgebend für die Lageeinschätzung ist, wie sehr viel stärker Gewalt den Rechtsextremismus prägt: die Zahl der potenziellen Täter (Skins) stieg um 10 Prozent auf 9000, die Zahl der Gewalttaten um 5,4 Prozent; ganz anders links, wo unverändert 7000 Anhänger mit Gewalt identifiziert werden und die Zahl der Gewalttaten um 9 Prozent sank.

Der Verfassungsschutzbericht weist auf zwei Entwicklungen hin, die den Rechtsextremismus tragen. Da ist die Sogwirkung rechtsextremistischer Skinhead-Musik, die Jugendliche in die Szene holt. 109 Konzerte der 93 registrierten Gruppen im vergangenen Jahr bedeutet zwar einen zahlenmäßigen Rückgang (1998: 128). Der Verfolgungsdruck hat offenbar zur Zurückhaltung geführt, insbesondere was strafbare Texte angeht. Deutlich geringer ist der Einfluss bei der Steuerung der Internetaktivitäten, die Zahl der Homepages ist von 200 auf 330 drastisch gestiegen, sie werden zunehmend zur Kommunikation genutzt. Fast ein Drittel der Seiten ist strafrechtsrelevant, der Verfolgung entgehen die Verfasser durch Nutzung ausländischer, meist nordamerikanischer Provider. Mit Unterstützung durch die amerikanische Anti Defamation League versucht die Bundesregierung, auf die Provider einzuwirken.

Innenminister Schily betonte zu Recht, „nicht nur Politik, Verfassungsschutz, Polizei und Justiz sind aufgerufen, schnell und hart gegenzusteuern“. Auch die Bürger seien gefordert, im „persönlichen Umfeld auf latenten oder offenen Rechtsextremismus offensiv einzugehen und im direkten Gespräch mit diesen Personen für Gewaltfreiheit und Grundwerte zu werben“. Das Bündnis für Toleranz der Bundesregierung ist ein Weg. *K.H.R.*

Demokratische Initiativen**Engagement geehrt**

Die Stiftung „Erinnerung“ hat in Berlin einen neuen Marion-Samuel Preisträger auserkoren. Der mit 25 000 Mark dotierte Preis ging dieses Jahr an Gerhard Hoch aus Alveslohe. Der 77-jährige Zeitgeschichtsforscher hat sich in Schleswig-Holstein zahlreiche Verdienste durch die Aufarbeitung der NS-Geschichte erworben. Er erlebte die nationalsozialistische Zeit selbst als Jungenschaftsführer und dann in der Wehrmacht. Seit Ende der sechziger Jahre kämpft er gegen das Vergessen! Diese Tätigkeit hat er sich zur Lebensaufgabe gemacht und dazu Bücher veröffentlicht.

Honoriert wurden jetzt besonders Hochs Bemühungen um die Gedenkstätte für das ehemalige Außenkommando des Konzentrationslager Neuengamme in Nützen-Springhirsch (Kreis Segeberg). Hoch war bei Recherchen auf die Überreste des Gefangenenerlagers gestoßen. Daraufhin nahm er Kontakt zu ehemaligen Insassen auf und rekonstruierte die Geschichte des Lagers, in dem in den letzten Kriegsjahren mehrere hundert Häftlinge umgekommen sind. 1997 wurden auf Initiative des Forschers die Reste des KZ-Außenkommandos frei gelegt und zu einer Gedenkstätte gestaltet. Er ist Mitbegründer eines Trägervereins für die Gedenkstätte und beim Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein. Hoch erforschte auch die Geschehnisse um den Todesmarsch von jüdischen Häftlingen aus dem Auschwitz-Nebenlager Fürstengrube nach Ahrensböck. Dort soll jetzt eine Gedenkstätte errichtet werden. Der studierte Theologe legte zudem eine Untersuchung zur Rolle der evangelischen Kirche während der NS-Zeit in Kaltenkirchen vor.

Die Hoch am 3. April in Berlin unter Schirmherrschaft des Vereins Gegen Vergessen - für Demokratie verliehene Würdigung geht zurück auf das Jahr 1996, als das Ehepaar Walther und Ingrid Seinsch aus Lindau die Stiftung „Erinnerung“ ins Leben rief. Sie fördert Institutionen und Personen, die sich in besonderer Weise gegen das Vergessen, Verdrängen oder die Verharmlosung von Verbrechen aus der Nazi-Zeit wenden oder die wissenschaftliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit fördern. Der Preis trägt den Namen der 1931 geborenen Marion Samuel, die 1943 nach Auschwitz deportiert wurde und seitdem als verschollen gilt. Damit soll an alle Opfer mit ähnlichem Schicksal in der NS-Diktatur erinnert werden. *Horst Freires*

Demokratische Initiativen**Geschichte lernen**

Eine CD-Rom soll für Schule und Jugendarbeit über den Holocaust informieren.

Das Beispiel, mit dem die Demonstration der CD-ROM endete - eine Videosequenz, in der ein Überlebender aus Theresienstadt Schülern eindringlich nahe brachte, wie er als Kind, mit Mundharmonika und Marschliedern, zwei SS-Männer bis zur Rückkehr der Eltern in die Wohnung unterhalten musste - erschütterte, und es überzeugte ganz unmittelbar: „Lernen aus der Geschichte, Projekte zu Nationalsozialismus und Holocaust in Schule und Jugendarbeit“, lautet ihr Titel. Sie wurde am 11. April in Berlin von Béla Anda, dem stellvertretenden Sprecher der Bundesregierung, der Projektleiterin Regina Wyrwoll und Martin Schumacher vom Goethe-Institut vorgestellt.

Die CD-ROM enthält fünfzig Projekte aus Schulen und Gedenkstätten in allen deutschen Bundesländern sowie von freien Trägern. Das Vorhaben hat eine Gruppe von Wissenschaftlern aus Deutschland und den USA seit 1997 erarbeitet; finanziert und gefördert wurde es vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, dem Goethe-Institut und der Robert-Bosch-Stiftung. Die erste Auflage in Höhe von 10 000 Exemplaren, die faktisch durch Vorbestellungen schon vergriffen ist, geht an Einrichtungen der politischen Bildung in Deutschland, den USA und Israel. Das Begleitbuch (67 Seiten) informiert über die Auseinandersetzung mit dem Thema in der deutschen politischen Bildungsarbeit seit 1945 und über die „Holocaust Education“ in den Vereinigten Staaten. Es enthält außerdem eine kleine Chronologie sowie ausführliche Hinweise zur Nutzung der CD-ROM.

Über die Darstellung der Projekte hinaus, von denen etwa 20 Prozent mit historischen Fotos, Videos undsonst weiter angereichert sind, enthält sie eine Fülle von Materialien. So wurde ein Glossar mit 170 Definitionen zu den Projekten entwickelt, das sich an jugendliche Nutzer zwischen 8 und 18 Jahren wendet; es finden sich Rahmenrichtlinien der Länder zur Behandlung des Themas in den Schulen, Adressen von pädagogischen Einrichtungen, die sich mit dem Holocaust beschäftigen, alle deutschen Gedenkstätten, eine ausführliche Bibliographie, eine Liste von Filmen und historische Dokumente wie das Protokoll der Wannseekonferenz.

Zur besseren Erschließung werden verschiedene Zugangswege eröffnet: die Projekte lassen sich nach Themen, Orten, Altersgruppen, Fächern, Methoden und verwendeten Medien sowie nach Audio- oder Videosequenzen abrufen. Alle Materialien können direkt ausgedruckt und damit auch unabhängig vom PC genutzt werden. Zusätzlich wird eine Webseite (<http://holocaust-education.de>) zur Information und Diskussion eingerichtet. Das Projekt, in das von Anfang an auch amerikanische Experten einbezogen wurden, so aus dem United States Holocaust Memorial Museum in Washington und der Association of Holocaust Organizations, ist zweisprachig in Deutsch und Englisch angelegt.

Ausgangspunkt für Autoren wie Herausgeber bildeten unter anderem folgende Fragen: Wie werden die curricularen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Behandlung des Nationalsozialismus und des Holocaust, die von den Kultusministerien der sechzehn Bundesländer formuliert wurden, in der schulischen Praxis ausgefüllt? Wie sah es vor der Wiedervereinigung in der Bundesrepublik und der DDR aus? Welche thematischen und methodischen Zugänge wählen Pädagogen und Jugendliche für die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust? Mit welchen Problemen werden sie konfrontiert? Wie eignen sich Jugendliche Geschichte an und wie entwickeln sie ein politisches Bewusstsein? Was bieten außerschulische Lernorte, zum Beispiel Gedenkstätten, für Jugendliche? Welche Erfahrungen machen Jugendliche bei internationalen Begegnungen mit Gleichaltrigen in Polen, Israel oder den USA?

Antworten auf diese Fragen, so die Projektleiterin in ihrer Einführung, gibt die CD-ROM: „Sie eröffnet erstmals die Chance zu einem direkten Blick in deutsche Klassenzimmer und auf die Arbeit außerschulischer Lerngruppen Sie stellen schulische und außerschulische Lernprozesse in methodischer und thematischer Vielfalt vor und bieten Einsicht in die verwendeten Dokumente und die Ergebnisse von Lernprozessen, die sich in unterschiedlichen Formen äußern: zum Beispiel Spurensuche, Archivarbeit, Friedhofspflege, Ausstellungen, Videofilme, öffentliche Veranstaltungen, literarische Texte, Musikkompositionen und Gedenkstättenbesuche.“

Theo Meier-Ewert

Lernen aus der Geschichte: Projekte zu Nationalsozialismus und Holocaust in Schule und Bildungsarbeit, Ein wissenschaftliches CD-ROM-Projekt mit Begleitbuch, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, dem Goethe-Institut e.V. und der Robert-Bosch-Stiftung.

Hintergrund

Das Trüffelschwein

Der Publizist Armin Mohler hat die europäische extreme Rechte geprägt.

1994 charakterisierte er sich im Interview mit den „Eléments“ des GRECE als „Anarchist von rechts“. Ein Jahr später gab er der „Leipziger Volkszeitung“ zu Protokoll, er sei Faschist „im Sinne von Jose Antonio Primo de Rivera“. Ein Widerspruch? Nein, eher typisch für den Publizisten Armin Mohler, der am 12. April seinen 80. Geburtstag feierte. Er, der von sich behauptet, er sei ein „Heide durch und durch“, hat kein Problem, sich auf den gläubigen Katholiken Primo de Rivera zu berufen. Dieser Propagandist des „totalitären Staates“ ist für ihn ohne Weiteres vereinbar mit den „Anarchisten von rechts“, deren wohl bekanntester Repräsentant der von der pazifistischen Linken gekommene faschistische französische Schriftsteller Céline ist. Nein, Mohler versucht, dort Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, wo andere lediglich die offenkundigen Gegensätzlichkeiten sehen. Wichtig ist nicht, dass die Falange militant-terroristisch gegen ihre Gegner vorging, während sich die Belletristen des „Anarchismus von rechts“ auf den Federhalter als Waffe beschränkten. Charakteristisch ist das gemeinsame Ziel einer grundlegenden Umwälzung der bürgerlich-liberalen Gesellschaft, prägend der elitär-aristokratische Anspruch. Mohler interessieren die Strömungen und Personen, die Antagonismen zu einer neuen Synthese zusammenführen. Für die Falange der „Kampfzeit“ waren es eben auch typisch, dass nicht wenige Anarchisten in die Reihen der jungen Partei aufgenommen wurden. Und für die „Anarchisten von rechts“ war es kennzeichnend, dass ihre politisch reaktionäre Gesinnung einherging mit einem künstlerischen Avantgarde-Anspruch. Mohler gehörte in Deutschland zu den ersten, die von den bahnbrechenden Werken des israelischen Historikers Zeev Sternhell, der im Faschismus eben eine solche Synthese sieht, Notiz nahmen. Georges Sorel sah er stets als den Idealtypus des Faschisten - als Synthese linker und rechter Ansätze, getrieben vom Hass auf und der Verachtung der bürgerlichen Welt.

Mohler wirkte nicht über die Universitäten. Auch von seinem publizistisch-wissenschaftlichen Werk bleibt wenig mit Gehalt. Selbst von seinem bekanntesten Buch, der „Konservativen Revolution“,

ist lediglich die - allerdings wegweisende und grundlegende - Bibliografie von Gewicht. Die im Textteil entwickelten Thesen dürfen fast insgesamt als widerlegt betrachtet werden. Schriften wie sein „Nasenring“ zur „Vergangenheitsbewältigung“ dienten eher zur Selbstverständigung des Lagers. Es bleiben einige wenige wichtige Aufsätze, so seine Studie über den faschistischen Stil.

Und doch hat Mohler die europäische extreme Rechte, besonders deren rare Intellektuelle, geprägt und verändert. Seine Bedeutung ergibt sich aus seiner langjährigen Multiplikatorentätigkeit. Der noch im Embryonalstadium befindlichen französischen Nouvelle Droite wies er den Weg zu den Autoren der deutschen Konservativen Revolution. Als Vertrauter des damaligen CSU-Generalsekretärs Marcel Hepp versuchte er, dem Konzept der „Industriegesellschaft“ mit der „formierten Gesellschaft“ eine ideologische Basis zur Verfügung zu stellen. Die entsprechenden Vordenker aus der Konservativen Revolution - Hans Freyer, Ernst Forsthoff und besonders Arnold Gehlen - kannte er zur Genüge. Der Lohn war der „Adenauer-Preis“ der damals im extrem rechten Fahrwasser befindlichen Deutschland-Stiftung im Jahre 1967.

In gleicher Weise wirkte er an seinem wichtigsten Tätigkeitsbereich, der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung, deren Geschäftsführer er über zwei Jahrzehnte, 1964 bis zur Pensionierung 1985, war. Fast alle wichtigen rechten Referenzautoren fanden sich nach und nach auf der Liste der Vortragenden. Auch hier ließ er es sich nicht nehmen, seinem Publikum neue Wege zu weisen. Ein Beispiel nur: Der Verhaltenstherapeut und Erkenntnistheoretiker Paul Watzlawick ist sicher kein Exponent der extremen Rechten. Armin Mohler aber erkannte die Brauchbarkeit seines theoretischen Ansatzes des „radikalen Konstruktivismus“ für die von ihm selbst vertretene nominalistische Position. Folgerichtig taucht auch Watzlawick als Redner bei der Stiftung auf. In den letzten Jahren hat sich Mohler als Autor rar gemacht, sogar in der neokonservativen „Criticón“, für die er sonst regelmäßig Beiträge geliefert hatte. Sein im vergangenen Jahr erschienen „Ravensburger Tagebuch“ über die Jahre als Sekretär Ernst Jüngers bietet kaum mehr als Einblick in Trinkgewohnheiten. Was wirklich von Armin Mohler bleiben wird, das ist seine Rolle als Trüffelschwein: als jemand, der sein Leben lang im Dreck der rechten Autoren herumwühlte, und das sehr seltene wertvolle Material dabei ans Tageslicht brachte.

Jean Cremet

Bücherschau**Im Inneren der Sekte**

Tiefe Einblicke in die Welt der Heuchelei gibt das Buch „Ich schaue nicht zurück“, das jetzt im Bastei-Lübbe-Verlag erschienen ist. Die Autorin Nansook Hong verrät allerhand Geheimnisse aus dem innersten Zirkel der als Mun-Sekte bekannten Vereinigungskirche. Sektenführer Sun Myung Mun, dessen Frau Hak Ja Han und die anderen Mitglieder der „Wahren Familie“ hat die junge Frau über den Zeitraum von weit mehr als einem Jahrzehnt aus nächster Nähe erlebt. Zu nahe, denn sie war mit Hyo Jin, dem ältesten Sohn des selbsternannten Messias Sun Myung Mun verheiratet.

Die sogenannte Mun-Sekte wurde 1954 in Südkorea gegründet und ist seit 1964 auch in Deutschland aktiv. Nach eigenen Angaben bringt es diese dubiose Religionsgruppe mit ausgeprägter antikommunistischer, antisemitischer und profaschistischer Ideologie und mit Verbindungen zu ultrarechten Kreisen im In- und Ausland auf zwei Millionen Mitglieder in 125 Ländern der Erde. Der Sekten-Chef gilt als einer der reichsten Männer der Welt; sein Vermögen wird auf mehrere Milliarden Mark geschätzt. Dauerhaft gemehrt wird es durch die regen wirtschaftlichen Aktivitäten, die ein international operierendes Firmen-Netzwerk am Laufen hält. Ebenso schwer überschaubar ist das Geflecht an Unterorganisationen, mit denen die Mun-Sekte - durchaus mit Erfolg - den Einfluss auf Politiker, Militärs, Wissenschaftler, Publizisten und andere Multiplikatoren sucht. Nansook Hong erwähnt in diesem Zusammenhang exemplarisch den ehemaligen US-Präsidenten George Bush, der wiederholt bewusst und gegen viel Bares die Werbetrommel für Sun Myung Mun geschlagen habe.

Im Alter von 15 Jahren wurde Nansook Hong 1982 mit Hyo Jin vermählt. Im Laufe der 14 Ehejahre brachte sie fünf Kinder zur Welt. Und es waren die Kinder, die sie ihr Leben aushalten ließen, in dem sie nach ihren Schilderungen mit unendlich viel Lieblosigkeit seitens ihrer angeheirateten Verwandten und vor allem ihres Ehemannes konfrontiert wurde. In Berührung kam sie auch mit einer Überdosis Unredlichkeit. Beispiele finden sich in dem knapp 300-seitigen Taschenbuch in Hülle und Fülle. Da vertraut sich Sun Myung Mun (der doch angeblich in direkter Verbindung zu Gott steht) bei wichtigen Entscheidungen einer buddhistischen

Geisterbeschwörerin an. Da huscht Mun-Sohn Hyo Jin von einem Bett ins nächste, von einer Geliebten zur anderen, obwohl außerehelicher Sex aus Sekten-Sicht einer Todsünde gleichkommt. Seine erst 15 Jahre alte Frau bedrängt der angebliche Messias-Sprössling massiv, damit sie sich ihm noch vor der Trauungszeremonie „hingibt“. Da sprechen die Kinder von Sun Myung Mun Englisch und kein Koreanisch. Dabei gilt Koreanisch in der Ideologie der Sekte als Universalsprache des Himmereiches. Da frönen der Sekten-Führer und dessen Frau mit Begeisterung dem Glücksspiel, „füttern“ becherweise die Geldspielautomaten in Las Vegas.

In dem Erfahrungsbericht „Ich schaue nicht zurück“ ist viel von Gewalttätigkeiten die Rede. Hyo Jin soll, so die Darstellung seiner Frau, wiederholt auf sie eingepugelt haben, so stark, dass sie sogar um ihr Leben zu fürchten begann. Selbst während ihrer Schwangerschaften blieb sie vor Schlägen nicht verschont. Offensichtlich beflügelt wurden die Gewalt-Exzesse von Hyo Jin durch dessen intensiven Konsum von Drogen und Hardcore-Videos. Nansook Hong zieht in ihrem Buch eine niederschmetternde Bilanz des Innenlebens in der Chefetage der Sekte. „Die schlimmsten Übel im Herzen der Vereinigungskirche“, schreibt sie, „sind die Falschheit und Hinterlist der Muns, einer Familie, die allzu menschlich ist in ihrem unglaublich hohen Maß an Schwächen und Fehlern.“ Idealistisch eingestellten Jüngern vorzugaukeln, dass die Muns anderen Menschen spirituell überlegen seien, entspräche einer „schändlichen Täuschung“. Nansook Hong: „Hyo Jins Verfehlungen mögen am offensichtlichsten sein. Aber es gibt in der zweiten Generation der Mun-Familie niemanden, auf den der Begriff 'fromm' zutrifft.“ *Thomas Klaus Nansook Hong, Ich schau nicht zurück, Bergisch-Gladbach 2000 (Bastei-Lübbe-Verlag). 302 Seiten, DM 14,90. ISBN:3-404-61446-1*

Hinweis

Berlin - Unter dem Motto „Gegen das Vergessen“ führen die Berliner Jusos vom 2. bis zum 7. Mai eine Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz und Krakau durch. Auf dem Programm stehen eine Stadterkundung von Krakau und zwei ganztägige Besuche der Gedenkstätten von Auschwitz und Auschwitz-Birkenau. Geplant ist auch der Kontakt mit einer polnischen Jugendgruppe sowie Besuch einer Schule. Der Reisepreis beträgt inklusive Bahnfahrt, Unterbringung und Verpflegung DM 230,-.
Informationen: Juso-Landesbüro, Tel. 030 / 4692-13.

Bücherschau**Internationale braune Musikszene**

Der Titel des Songs ist unmissverständlich: „Blut muss fließen“. Sein Inhalt ist es auch: Mit unverhülltem Antisemitismus agitiert die rechtsextremistische Skinhead-Band Tonstörung ihr jugendliches Publikum: „Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig / Lasst die Messer flutschen in den Judenleib / Blut muss fließen knüppelhageldick / Und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik (...).“

Dass die CD - wie so viele andere rechtsextreme Tonträger - mittlerweile indiziert ist, ändert nichts an ihrem hohen Verbreitungsgrad. Wie die Autoren des gerade erschienenen Sammelbandes White Noise „Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour - Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene“ nachweisen, können derartige Liedtexte auf neonazistischen Internetseiten gelesen, weiterverbreitet und längst auch mitsamt Musik heruntergeladen werden; in unzähligen Läden werden sie unter dem Ladentisch vorrätig gehalten und an Interessenten verkauft. Neonazistische Postversände im europäischen Ausland, insbesondere in Skandinavien, sorgen für den Nachschub mit dem in Deutschland verbotenen Material. Auf acht Millionen Mark schätzt das Bundesamt für Verfassungsschutz den Umsatz mit rechtsextremer Musik in Deutschland im vergangenen Jahr.

■ Eine „rechtsextreme Erlebniswelt“ aufbauen ■

Angesichts der zunehmenden Bedeutung von Rechtsrock widmet sich der White Noise-Sammelband sowohl den geschichtlichen Entwicklungen von Nazimusik in den USA und England als auch den wichtigsten Akteuren in der bundesdeutschen und internationalen Rechtsrock-Szene. In seinem Beitrag „Begleitmusik zu Mord und Totschlag - Rechtsrock in Deutschland“ konzentriert sich Michael Weiss daher insbesondere auf das Netzwerk von Blood & Honour. Die mit zweihundertfünfzig Mitgliedern kleine Gruppierung Blood & Honour Deutschland mit ihren Ortsverbänden in allen Bundesländern nimmt innerhalb der Szene eine ideologische und organisatorische Vorreiterrol-

le ein. Blut und Ehre, wie sich die deutsche Sektion des internationalen Neonazi-Netzwerkes in Anlehnung an den vollen Wortlaut der nationalsozialistischen „Nürnberger Blutschutzgesetze“ nennt, liefert den Konsumenten rechtsextremer Musik auch die Bands zum Anfassen: Rund ein Drittel der im vergangenen Jahr vom Bundesamt für Verfassungsschutz registrierten 105 rechtsextremen Konzerte in den alten und neuen Bundesländern wurden von den Blood & Honour Strukturen organisiert. Mehr als die Hälfte der Konzerte, nämlich 59, fand in Ostdeutschland statt. Spitzenreiter ist hier Sachsen mit 33 solcher Veranstaltungen.

Auch wenn die Zahl der registrierten Konzerte im Vergleich zum Jahr 1998 laut Verfassungsschutz um 23 zurückgegangen sein soll, gibt es keinen Grund zu Erleichterung. Denn die Besucherzahlen sind gestiegen - bei acht Konzerten wurden beispielsweise mehr als eintausend Besucher registriert - , und auch der Organisationsgrad innerhalb der Szene hat zugenommen. Beispielhaft hierfür ist ein Konzert anlässlich des siebzigsten Todestages von Horst Wessel, das die norddeutsche Blood & Honour-Sektion Ende Februar dieses Jahres organisierte. Unter dem Vorwand einer privaten Geburtstagsfeier mieteten einschlägig bekannte Rechtsextremisten sowohl in der niedersächsischen Kleinstadt Wesel als auch in dem schleswig-holsteinischen Dorf Klein Gladebrügge entsprechende Räumlichkeiten. Während die niedersächsischen Sicherheitsbehörden in Wesel allerdings nach öffentlichen Protesten ein komplettes Veranstaltungs- und Versammlungsverbot erließen, ließ man die Rechtsextremen in Schleswig-Holstein gewähren. Ungestört konnten so mehr als 700 rechte Skinheads aus dem gesamten Bundesgebiet den Auftritt der Bands Landser und Stahlgewitter bejubeln. Sie waren zuvor per Handy und Internet von den Veranstaltern Sacha Bothe aus Tostedt und Torben Klebe vom Hamburger Sturm mit detaillierten Anweisungen nach Schleswig-Holstein gelotst worden.

■ „Patrioten sammeln in der Musik und im Kampf“ ■

Für die White Noise-Autoren stellt sich die aktuelle Entwicklung aus zwei Gründen als besorgniserregend dar. Zum einen diene rechtsextreme Musik als „identitätsstiftend“ und „politisierend“ für eine rechte Jugendszene, die vielerorts insbesondere in ländlichen Regionen und in Ostdeutschland längst die Hegemonie auf den Straßen und in den

Schulen übernommen hat. Durch entsprechende Konzerte, Aufmärsche und Propagandamaterial aller Art - allein in Deutschland gibt es 50 neonazistische Versände hierfür - werde eine regelrechte „rechtsextreme Erlebniswelt“ aufgebaut. Zum anderen, so die White Noise-Autoren, verfüge Blood & Honour über beste Verbindungen zu rechtsterroristischen Gruppierungen im Ausland.

In Beiträgen von schwedischen, britischen und US-amerikanischen Rechtsextremismusexperten dokumentiert der Sammelband ausführlich die entsprechenden Kontakte. Nach Informationen der Autoren reisten deutsche Neonazikader regelmäßig zu Gesinnungsgenossen nach Skandinavien und England, wo am Rande von Konzerten und Aufmärschen nicht nur neue Geschäfte geplant würden, sondern auch rechtsextreme Kampagnen. Denn längst geht es Blood & Honour nicht mehr nur um Profite und Entertainment für die rechte Jugendsubkultur. Ihre Aufgabe sei es, schreibt der Berliner Blood & Honour-Chef Stefan Lange mit dem Pseudonym „Pinocchio“, „Patrioten verschiedener Stilrichtungen zu sammeln und zu einen, nicht nur in der Musik, sondern im Kampf.“

Mit White Noise liegt jetzt erstmals ein aktuelles Nachschlagewerk über die rechtsextreme Musikszene nicht nur in Deutschland vor. Die Brisanz der auf 150 Seiten fundiert ausgewählten Informationen und Analysen macht auch der Versuch von Rechtsextremen deutlich, die Auslieferung des Buches juristisch zu verhindern. Als Kläger vor dem Landgericht Münster trat Ulrich Großmann, Betreiber des in Coburg ansässigen rechtsextremen Versanddes und Labels DIM-Records, auf. Großmanns Anwalt Klaus Kunze aus Uslar - bekannt als Verteidiger bundesweiter Neonazigrößen wie Thorsten Heise - hatte behauptet, das Label seines Mandanten stelle - im Gegensatz zu den Erkenntnissen der White Noise-Autoren - keineswegs eine Schnittstelle der Neonazi-Skinhead-Szene dar. Auch mit Blood & Honour habe Großmann nichts zu tun. Doch das Landgericht Münster folgte den Einschätzungen aus White Noise; der Sammelband kann unverändert ausgeliefert werden.

Heike Kleffner

White Noise: Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour - Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene, Herausgeber: Searchlight, Antifaschistisches Infoblatt, Enough is Enough, reihe antifaschistischer texte/UNRAST-Verlag, Münster, Januar 2000, 150 Seiten, 19,80 Mark.

Aktivitäten

Rechte Zeitzeugen

Der „Übermacht der Medien und Meinungsmacher“ sowie „Schuldkomplexinstrumentalisierung“ entgegenzutreten, hat sich der ewiggestrige rechtsextreme Munin-Verlag auf seine Fahnen geschrieben. Um diesem Ziel näher zu kommen, soll nun ein Filmarchiv mit den Interviews von Zeitzeugen aus der Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS (HIAG) und den Truppenkameradschaften als „Dokumentarfilmabteilung ‘Munin-Film’“ geschaffen werden. Als Auftakt dieses Projektes, so Walter Krusemark in der aktuellen Ausgabe der Monatszeitschrift „Der Freiwillige“, die vom Munin-Verlag herausgegeben wird, soll das „Lebenswerk“ des SS-Brigadeführers und Generalmajors der Waffen-SS, Otto Kumm (90), verfilmt werden.

Kumm, Gründer und langjähriger Vorsitzender der 1992 auf Bundesebene aufgelösten HIAG (einzelne Landesverbände sind weiterhin existent), führte die 1.SS-Panzerdivision „Leibstandarte Adolf Hitler“. Als Referent ist er weiterhin in militäristischen Kreisen gerne gesehen. Reden hielt er zuletzt beim 43.Treffen der Regimentskameradschaften „Der Führer“ und „Deutschland“ sowie beim 2.Kameradentreffen der „Prinz Eugen“.

Während das Munin-Filmprojekt noch in den Kinderschuhen steckt, hat jetzt der ultrarechte Historiker Karl Höffkes („Historisch-Wissenschaftliches Film- und Bildarchiv“ in Dorsten) und Mitinhaber der Dortmunder Firma Polar-Film, einen weiteren Videofilm mit dem Titel „Jenseits der Propaganda. Unveröffentlichte private Filmaufnahmen aus den Jahren 1930 bis 1945“ herausgebracht. „Ungekürzt“ und „unzensuriert“ werden Aufnahmen von „soldatischen Amateurfilmen“ am „Rande der großen Schlachtfelder“ gezeigt.

Das Archiv von Höffkes, der in zehn Jahren rund 1000 Augenzeugen zur deutschen Geschichte zwischen 1914 bis 1946 befragt und zahlreiche Videofilme und Tonbandcassetten produziert hat, könnte nach Auffassung der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ bald zu einer „wichtigen Quelle der Geschichtsforschung“ werden. Seine Zeitzeugen sucht Höffkes, Autor im Grabert-Verlag und in „Nation&Europa“, zeitweilig im Vorstand der Gesellschaft für freie Publizistik, per Annonce in rechten Blättern wie „Der Freiwillige“, „Deutsche Militärzeitschrift“ oder „Soldat im Volk“. A.M.

Ausland

„Zu viele Araber“

Nur 30 Prozent der französischen Bevölkerung beurteilen sich selbst als überhaupt nicht rassistisch.

Die Nationale Beratungs-Kommission für Menschenrechte (CNCDH) hat Ende März 2000 ihren Jahresbericht über die Lage des Rassismus in der französischen Gesellschaft publiziert. Grundlage des Jahresberichts, der seit nunmehr 15 Jahren erstellt wird, ist eine repräsentative Befragung von insgesamt 1012 ausgewählten Personen.

Die in den französischen Medien meistzitierte Zahl dieses Rassismusberichts lautet: 69 Prozent der Franzosen stufen sich selbst als mehr oder minder rassistisch ein. Diese - schockierende - Zahl muss freilich nuanciert werden. Abgestuft, lauten die Resultate der Befragung folgendermaßen: 12 Prozent sehen sich selbst als „eher rassistisch“, 27 Prozent als „ein bisschen rassistisch“, 29 Prozent als „nicht sehr rassistisch“ und 30 Prozent als „überhaupt nicht rassistisch“. Damit ist in etwa das Niveau von 1990/91 erreicht worden, also der finstersten Jahre der französischen Innenpolitik (als jede linke Alternative auf Dauer verschüttet schien und der Rechtsextremismus spektakuläre Fortschritte erzielte). Der Anteil der erklärten Nicht-Rassisten, war freilich im Laufe der 90er Jahre zunächst allmählich, dann ab 1995 deutlich angewachsen (1997 und '98 lag der Wert zwischen 35 und 40 Prozent). Dieselbe Kategorie - jener, die sich für „gar nicht rassistisch“ erklären - ist nunmehr zugunsten jener zurückgegangen, die sich für „nicht sehr rassistisch“ hält. Dies ist einerseits zweifelsohne mit darauf zurückzuführen, dass der Effekt der Fussball-WM vom Frühsommer 1998 - als die französische Nation begeistert die Immigrantensöhne, als erfolgreiche Torschützen, feierte - inzwischen verpufft ist. Zum anderen hat die innenpolitische Polarisierung von Mitte der 90er Jahre nachgelassen, mit dem Resultat, dass öffentlich von den Rechtsextremen spürbar weniger die Rede ist - aber eben auch die Gegenkräfte verblassen, die ihnen damals aktiven Widerstand entgegensezten.

Die Mitarbeiter des Louis Harris-Instituts haben eine Einteilung der Befragten in folgende vier Kategorien vorgenommen: 19 Prozent würden sich danach gerne in ihrer mehr oder minder „reinen“

Nation gegen den Rest der Welt einschließen. 32 Prozent sind hauptsächlich um den Erhalt ihres eigenen sozialen Niveaus besorgt. 28 Prozent befürworten in bestimmtem Umfang eine Aufnahme von (in Frankreich lebenden und / oder noch ankommenden) Immigranten - vorausgesetzt, dass diese sich bereit zur Integration in die Gesellschaft zeigen. Und 21 Prozent sehen jede Form der Gewährung oder Vorenthaltung von Rechten auf den Grundlagen naturalisierender, biologisierender Kriterien wie beispielsweise Abstammung und Geburt(s-ort) als nicht hinnehmbar an.

Unschön an den Informationen der vorgelegten Rassismus-Studie sind ferner folgende Einzelergebnisse: 52 Prozent der Befragten halten die Immigration (beziehungsweise die Präsenz einer entsprechenden Bevölkerung) für die Hauptursache der Kriminalität und 72 Prozent denken, dass die Immigranten beim Zugang zu Sozialleistungen bevorzugt würden. Allerdings stellt sich auch eine Mehrheit gegen konkrete Praktiken rassistischer Diskriminierung, beispielsweise sprechen sich 58 Prozent gegen die systematische Bevorzugung eines französischstämmigen gegenüber einem Stellenbewerber mit arabisch klingendem Namen (bei gleicher Qualifikation) aus. 63 Prozent (und damit 12 Prozent mehr als im Vorjahr) sind der Meinung, es gebe „zu viele Araber“ im Lande. Den deutlichsten Zuwachs verzeichnet der Anteil jener, die sich zugleich auch antisemitisch äußern - 21 Prozent stimmen demnach der Aussage zu, es gebe „zu viele Juden“ im Lande, und 31 Prozent, die Juden hätten „zu viel Macht“. Der überdurchschnittliche Zuwachs dieser Kategorie ist der Politikforscherin Nonna Meyer zufolge darauf zurückzuführen, dass der Papon-Prozess und die Flucht des (wegen Beihilfe zur Juden-Deportation) Angeklagten in die Schweiz im vergangenen November bestimmte Reflexe wachgerufen habe, die bis dahin in Teilen der Gesellschaft schlummerten. Nonna Meyer erwartet freilich, dass dieser Ausbruch nur 'konjunkturell' und somit vorübergehend sei.

Einer jedenfalls zeigte sich von diesen - eher beunruhigenden - Zahlen begeistert. Jean-Yves Le Gallou, Generalbeauftragter und „Nummer Zwei“ des von Bruno Mégret geführten rechtsextremen Mouvement National Républicain, meldete sich sogleich öffentlich zu Wort, als die Ergebnisse der Studie bekannt wurden. Er begrüßte es, dass die Franzosen sich offenkundig nicht dem Diktat der „political correctness“ beugen würden, sondern einen freien Kopf behielten. *Bernhard Schmid*

Meldungen**Inland**

■ **Bad-Bevensen** - Eine Versammlung mit anschließendem Vortrag des „Freundschaft- und Hilfswerkes Ost e.V.“ hat Anfang April in Klein Hesebeck, einem Ortsteil von Bad Bevensen, stattgefunden. Dahinter verbirgt sich eine der NPD nahe stehende Organisation, die unter dem Motto „Deutsche helfen Deutschen zuerst“ auftritt. Sie wurde 1991 vom damaligen NPD-Landesvorsitzenden von Bremen, Karl-Heinz Vorsatz gegründet. Vorsitzender ist Klaus-Dieter Hoffmann aus Bad Bevensen. Neben dem langjährigen NPD-Funktionär sind auch die weiteren Vorstandsämter mit NPD-Aktivisten durchsetzt. Dazu zählen U. Liss, Landesvorstandsmitglied der NPD in Niedersachsen, Ulrich Eigenfeld, niedersächsischer NPD-Landesvorsitzender und Carsten Ostrich, NPD-Kreisvorsitzender Bad Bevensen. Einen Vortrag hielt neben anderen Wolfgang Juchem zum Thema „Deutschland- und Europapolitik aus volkstreuer Sicht“. Juchem gilt als Sprecher der „Aktion freies Deutschland“ und ist ebenso bei den sogenannten Freien Nationalisten angesehen. Das zeigt auch die Teilnahme des Neonazi-Führers Christian Worch aus Hamburg an der Veranstaltung.

■ **Berlin** - Die vom Verband deutscher Soldaten (VDS) und dem Ring deutscher Soldatenverbände (RDS) herausgegebene Zeitschrift „Soldat im Volk“ enthält „tatsächliche Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen Hintergrund“. Dies bestätigte die Bundesregierung (BT-Drucksache 14/2936) auf eine Anfrage der PDS. In ihrer Antwort erklärte die Bundesregierung, auf die PDS-Anfrage hin mehrere Ausgaben der Zeitschrift ausgewertet zu haben. Dabei sei sie in Ausgaben von „Soldat im Volk“ (Autoren unter anderen Franz Uhle-Wettler, Lothar Groppe) auf Anzeigen der holocaustleugnenden „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ (Germar Rudolf) gestoßen. Die Bundesregierung musste einräumen, dass sie noch im letzten Jahr Veranstaltungen des VDS und des RDS finanziell unterstützt habe. Die beiden Soldatenverbände sind Mitglieder des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr (VdRBw), der aus Bundesmitteln gefördert wird.

■ **Berlin** - Die NPD plant in der Schweiz einen Ableger zu gründen. Hierzu wurden von der NPD, wie das Hamburger Nationale Infotelefon berichtet, be-

reits im Dezember 1999 bei den Schweizer Behörden die rechtlichen Voraussetzungen erkundet. Angaben von NPD-Pressesprecher Klaus Beier zufolge soll im Juni eine definitive Entscheidung des NPD-Präsidiums in Bezug auf Ausbreitung der Partei in der Schweiz und Österreich (BNR 23/99) fallen: „Wir strecken unsere Fühler in jedes Land aus, in dem die deutsche Sprache gesprochen wird“, zitierte das NIT den NPD-Pressesprecher. Es gebe bereits Mitglieder in der Schweiz, und auch das NPD-Bundesorgan „Deutsche Stimme“ habe dort Abonnenten.

■ **Dahlenburg** - Torsten Paproth (Dahlenburg), einer der Köpfe des rechtsextremen Nachrichtendienstes „Politische Hintergrundinformationen“ (PHI), fordert via PHI-Homepage den Aufbau eines „modernen preußischen Staates“ als Alternative zur Bundesrepublik. Paproth, DSU-Landesbeauftragter von Brandenburg, Ex-Funktionär der NPD und zuvor DVU-Mitglied, ist der Meinung, dass die „BRD als mächtigster deutscher Teilstaat“ künftig nur noch ein „verwaltungstechnisches Gebilde zur polizeilichen Überwachung, zur Finanzierung derselben und zur Steuerung des Konsumverhaltens der regionalen Bevölkerung sein wird.“ Deshalb sei es nun angesagt, einen „Freistaat Preußen“ zu schaffen, der zunächst unabhängig von Territorium und ohne Grenzen existiere, aber „früher oder später für jeden Deutschen eine neue Heimat sein“ soll, hofft Paproth, Autor in der holocaustleugnenden Zeitschrift „Sleipnir“. Neben Paproth zeichnet noch Uwe Linke aus dem schleswig-holsteinischen Hamdorf für den Aufbau des „Freistaates Preußen“ verantwortlich.

■ **Dresden/Wetzlar** - Die NPD kündigt für den 1. Mai unter dem Motto „Arbeit zuerst für Deutsche“ mehrere Veranstaltungen an. Der Dresdner NPD-Kreisverband mobilisiert für den 1. Mai „Deutsche wehrt Euch!!! Fallt dem profitgierigen Großkapital von CDU/CSU bis PDS in den Arm!“ gegen ausländische Arbeitskräfte. Weitere NPD-Aufmärsche sind geplant für Berlin-Hellersdorf, Fürth, Grimma, Hannover, Ludwigshafen, Weimar und Wetzlar. Die Stadt Wetzlar hat die 1. Mai-Kundgebung der NPD, auf der der Vorsitzende Udo Voigt als Redner auftreten soll, nicht genehmigt, wogegen die NPD gerichtlich vorgehen will.

■ **Eningen** - Am 1. April demonstrierten rund 2.000 Menschen friedlich gegen die nach Eningen (Kreis Reutlingen) verlegte Landesgeschäftsstelle der NPD Baden-Württemberg. Die NPD verließ

zum Jahresbeginn ihre bisherigen Räumlichkeiten in der Landeshauptstadt Stuttgart. Die Bundesgeschäftsstelle wurde nach Berlin verlegt, die baden-württembergische Zentrale in das parteieigene „Geschwister-Krieg-Zentrum“ am Rande der Schwäbischen Alb. Im Vorfeld der Demonstration veröffentlichte der JN-Landesverband eine Pressemitteilung: „Schon seit längerem ist unser organisationseigenes Zentrum in Eningen ein Angriffspunkt für linksradikale Spinner. Auch wenn sich die hiesige Bürgerinitiative immer wieder wenig glaubhaft von solchen autonomen Gewalttättern distanziert, bietet sie mit ihren wenig beeindruckenden Demonstrationen eine gern angenommene Plattform. Selbstverständlich ist zu der Demonstration am 1. April der Sicherheitsdienst der Jungen Nationaldemokraten vor Ort, um gegebenenfalls das Objekt ausreichend zu schützen. Des Weiteren werden sich einige erfahrene Anti-Antifa-Aktivistinnen unter die Demonstrationsteilnehmer mischen, um die Gefahrenlage zu dokumentieren und auszuwerten.“ Tatsächlich befanden sich einige Rechtsextremisten auf der Dachterasse des von der Polizei abgesperrten Hauses, das die NPD 1994 von den Schwestern Krieg geerbt hatte.

■ **Hamburg** - Bei einer Kundgebung der DVU in Hamburg am 1. April verteilten Neonazis des „Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland“ ein Flugblatt mit dem Titel „Frei ohne Frey - Protest in Hamburg!“ Nachzulesen ist dies auf der Homepage des Aktionsbündnis Frey wird als „feister Geschäftemacher“ und „machtgieriger Funktionär“ bezeichnet, dessen „Pseudopartei“ als „Deckmantel“ diene, „um im Namen der ‘nationalen Sache’ bei bürgerlichen nationalen Kreisen abzukassieren.“ Weiter heißt es: „Über Jahrzehnte hat Frey ein Finanzimperium geschaffen, aus welchem er allein den Nutzen zieht. Die von Frey aus nationalen Kreisen abgeschöpften Gelder gehen dem Nationalen Widerstand für wirklich sinnvolle politische Arbeit verloren!“ Die Neonazis, die dem Umfeld von Christian Worch und Thomas Wulff zuzurechnen sind, teilen ferner mit, dass Frey auf der DVU-Veranstaltung „von beherzten Kameraden das Mikrophon entrissen“ wurde, „als dieser gerade mit seinem Wortschwall beginnen wollte.“

■ **Karlsruhe** - Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe hat am 6. April in letzter Instanz die Verurteilung von Ludwig Bock (Mannheim; BNR 12/97) wegen Volksverhetzung bestätigt (Aktenzeichen: BGH I StR 502/99). Szene-Anwalt Bock, (Jahrgang 1942), Rechtsanwalt von Günter Deckert,

war im März 1999 vom Landgericht Mannheim wegen Verharmlosung des Holocaust im Zuge der Verteidigung Deckerts zu einer Geldstrafe von 9.000 Mark verurteilt worden. Die Revision, die sowohl Bock als auch die Staatsanwaltschaft eingelegt hatten, wurde vom 1. Strafsenat des BGH verworfen. Bock, der dem früheren NPD-Vorsitzenden Deckert seit Jahren juristisch zur Seite steht, ist in einschlägigen Kreisen hinreichend bekannt. So war er ehemals Kader im Bundesvorstand des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) und kandidierte 1972 für die NPD zum Bundestag. Rechtsanwalt Bock, zeitweilig Vorsitzender des Schiedsgerichts der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) sowie Vorsitzender des ultrarechten Nationaleuropäischen Jugendwerkes (NEJ), hatte beim Düsseldorfer Majdanek-Prozess (1986) gegenüber dem britischen Fernsehen die Meinung vertreten, die Gaskammern des Nazi-Regimes seien „möglicherweise nach dem Krieg errichtet“ worden und hätten vielleicht der Reinigung von Kleidern gedient. Damalige Mandantin Bocks war die KZ-Aufseherin Hildegard Lächert, im KZ „blutige Brygida“ genannt, die wegen Mordes in 1.196 Fällen angeklagt war.

■ **Recklinghausen/Oberhausen** - Die Republikaner haben im Kreis Recklinghausen und in Oberhausen Unterschriften zur Wahlzulassung gefälscht oder durch arglistige Täuschung erschlichen. Insgesamt drei Kandidaten der REP wurden deshalb nicht für die nordrhein-westfälische Landtagswahl am 14. Mai zugelassen. „Wir haben erhebliche Zweifel daran, ob die erforderlichen Unterschriften ordnungsgemäß zu Stande gekommen sind“, zitieren die lokalen „Westfälischen Nachrichten“ den zuständigen Amtsleiter. So wurde Bürgern gesagt, dass sie an einer Umfrage teilnehmen würden beziehungsweise mit ihrer Unterschrift lediglich die Arbeit kleinerer Parteien unterstützen würden. Bereits anlässlich der Kommunalwahl 1989 und der Landtagswahl 1990 hatten die Behörden im Kreis Recklinghausen massive Unregelmäßigkeiten bei den REP nachgewiesen.

■ **Stralsund** - Das Oberlandesgericht Rostock verurteilte am 11. April in Stralsund fünf junge Rechtsextremisten wegen versuchten Mordes zu Jugendstrafen von vier bis sechs Jahren. Die 16- bis 20-jährigen Männer hatten im August 1999 in Eggesin zwei Vietnamesen brutalst misshandelt. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hatte wegen der besonderen Grausamkeit das Verfahren an sich gezogen (vgl. BNR 21/1999).

Ausland

■ **Südafrika (Potchefstroom)** - Eugene Terre Blanche (Jahrgang 1941), Anführer der 1973 gegründeten rechtsextremen südafrikanischen „Afrikaner-Widerstandsbewegung“ (AWB), hat am 30. März eine einjährige Haftstrafe im Gefängnis von Potchefstroom, 100 Kilometer von Johannesburg, angetreten. Der 56-jährige, zeitweilig hauptamtlicher Funktionär der Herstigte Nasionale Party, zu der die NPD seit Jahren Kontakte unterhält, musste ins Gefängnis, weil er 1996 seinen Hund auf einen farbigen Tankwart gehetzt hatte. Ziel des AWB, der auch über einen militärischen Arm verfügt, ist ein souveräner weißer Volksstaat.

■ **Tschechien (Prag)** - Die militante Neonazi-Organisation „Narodni alianca“ (Nationale Allianz) wurde vom tschechischen Innenminister verboten. „Narodni alianca“ (NA), die bis zu ihrem Verbot vergeblich als politische Partei unter dem Namen „Nationale Sozial-Allianz“ registriert werden wollte, hat vorwiegend Skinheads in ihren Reihen. Bekannt sind Kontakte zur deutschen Sektion von „Blood & Honour“ (B&H) und zu sogenannten „Freien Kameradschaften“ um die Zeitschrift „Zentralorgan“. Geführt wird die Truppe von dem Holocaustleugner Vladimir Skoupy, der seit Februar wegen rechtsextremer Propaganda in Untersuchungshaft sitzt. Er wurde verhaftet, weil er eine nicht genehmigte Demonstration anführte, mit der die tschechischen Neonazis Jörg Haider ihre Sympathie ausdrücken wollten. Skoupy war auch Redner bei der letztjährigen Neonazi-Demo am 1. Mai in Prag (s. BNR 9/1999). Als NA-Sprachrohr dient das antisemitische Blatt „Vlajka“. „Narodni alianca“ die sich an der Programmatik der „National Alliance“ in den USA orientiert, will gegen das Verbot gerichtlich vorgehen.

■ **Schweiz (Basel)** - Der Schweizer Rechtsextremist Marcel Strebel (50), einst Vorsitzender der militant ausländerfeindlichen Patriotischen Front, befindet sich seit dem 6. April im Kanton Schwyz in Haft. Strebel, zeitweilig in Spanien untergetaucht, trat eine im Januar 1999 verhängte 24-monatige Gefängnisstrafe an. Er war für schuldig befunden worden, im September 1994 in Brunnen bei einer nächtlichen Schießerei das Leben zweier Polizisten gefährdet zu haben. Als er die Gefängnisstrafe antreten sollte, setzte er sich ab. Am 10. Februar wurde Strebel in Südspanien vorübergehend festgenommen, kehrte jedoch nun von sich aus in die Schweiz zurück.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:



■ **Schweiz (Lausanne)** - Das Lausanner Strafgericht hat den Schweizer Revisionist und Rassist Gaston-Armand Amaudruz („Ist Rassebewusstsein verwerflich?“) zu einer einjährigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Rechtsgrundlage der Verurteilung ist das 1995 eingeführte Gesetz, das Rassismus unter Strafe stellt. Der mit einem Einreiseverbot in die Bundesrepublik belegte Amaudruz hatte in seinem „Courrier de Continent“ den Holocaust geleugnet; dieser sei ein in erpresserischer Absicht erfundenes Fantasiegebilde. Der 79-jährige Antisemit publiziert seit über fünf Jahrzehnten und verfügt über weitreichende internationale Kontakte.

Impressum**Verlag:**

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.

Nachweis erforderlich!

Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto